

März 2021

### Präambel:

Von der zunehmenden Globalisierung der letzten Jahrzehnte haben nur wenige Kreise in Nordrhein-Westfalen in einem derartigen Ausmaß profitiert wie der Kreis Gütersloh. Allein in der Industrie des Kreises stieg die Zahl der Beschäftigten seit 2010 um 53 % Prozent auf 76.305 Beschäftigte im Jahr 2020.

Parallel zur internationalen Vernetzung der Wirtschaft haben sich auch die Geschäftsbeziehungen der Unternehmen über kommunale Grenzen hinaus intensiviert. Wirtschaft, Beschäftigung und Wohlstand müssen heute auch aus Sicht der Kommunalpolitik interkommunal und interregional gedacht und entwickelt werden.

Ein Blick auf die tägliche Mobilität der Menschen zeigt die immensen Verflechtungen, die starre Grenzen von Wohnen, Leben und Arbeiten aufgelöst haben.

Im Kreis Gütersloh mit unseren 13 Städten und Gemeinden gehen über 180.000 Menschen einer Beschäftigung in tausenden von Unternehmen nach. Täglich pendeln über 45.000 Einwohner\*innen aus dem Kreis Gütersloh heraus, um in näher oder ferner benachbarten Städten ihrer Arbeit und somit ihrer Existenzsicherung nachzugehen. Insbesondere wegen der Stärke unserer heimischen Industrie bieten wir über 70.000 Einpendlern Beschäftigung. Menschen aus Bielefeld, Hamm, Osnabrück und vielen anderen Orten.

Auch ihnen haben wir zu verdanken, dass die Unternehmen des Kreises Gütersloh jährlich Gewerbesteuern in Höhe von über 350 Millionen Euro zahlen. Es liegt somit auf der Hand, dass Wirtschaft und Arbeitsplätze in einem (über-)regionalen Kontext betrachtet werden müssen.

Die Industrie und ihr nachgelagerte Dienstleistungen sowie das Handwerk sind das Rückgrat unseres bisherigen Wohlstandes. Mit ihrem Wachstum nehmen beispielsweise auch die Kraft unserer Sozialsysteme, die Möglichkeiten unserer Bildungseinrichtungen und unseres Gesundheitssystems zu. Schrumpft die Wirtschaft, werden auch die gesellschaftlichen Errungenschaften in diesen Bereichen eingeschränkt.

Die Unterzeichnenden möchten daher mit dieser gemeinsamen Erklärung darauf aufmerksam machen, welche große Bedeutung die Industrie für die Zukunftsfähigkeit der Region hat.

1. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, Bestandsunternehmen der Region in denen unsere Bevölkerung und unsere Nachbarn arbeiten, zu unterstützen, Standorte zu sichern und Erweiterungsmöglichkeiten zu schaffen. Nur darüber lässt sich eine ausreichende Zahl an Arbeitsplätzen für unsere Bevölkerung und unsere Nachbarn sicherstellen.
2. Für die zuziehende Bevölkerung und die Unternehmen der Region bedarf es einer angebotsorientierten Bevorratung von Wohn- und Gewerbeflächen. Die langandauernden Planungsprozesse in unserem Land erfordern eine langfristige Bevorratung. Nur so kann die Grundlage für bezahlbaren Wohnraum, Unternehmensansiedlungen und Unternehmenserweiterungen geschaffen werden.

3. Die Gewerbesteuererinnahmen in den einzelnen Kommunen dürfen nicht alleinige Entscheidungs- basis für die Ausweisung von Gewerbeflächen und die Ansiedlung von Firmen sein. Auch Arbeits- plätze und anderweitige Steuerkraft zählen.
4. Die industrielle Produktion, gleich welcher Güter, ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohl- standes. Sie sichert die Kaufkraft unserer Arbeitnehmer\*innen, ermöglicht über kommunale Steu- ern lokale Investitionen z.B. in Bildung und Kultur.
5. Industrielle Produktion wird durch große Investitionen in klimaschonende Prozesse und Produkte zunehmend verträglicher ausgestaltet. Dieser Weg sollte im Rahmen kommunaler Möglichkeiten durch Anreizsystem gefördert, aber nicht erzwungen werden. Denn die möglichen Anpassungsge- schwindigkeiten sind nicht in allen Branchen gleich.
6. Durch die Vielfalt der industriellen Netzwerke besteht im Kreis Gütersloh in enger Kooperation mit der Fachhochschule in Gütersloh eine große Chance für neue, innovative Geschäftsmodelle und Unternehmen. Diese Möglichkeiten sollten durch zu etablierende Innovationszentren ausgebaut werden. Vorbilder können die Fraunhoferansiedlungen in der Region sowie das Innovationsnetz- werk IT's OWL sein. Hierdurch lassen sich mittelfristig vermehrt höherwertigere Arbeitsplätze im Kreis Gütersloh schaffen.
7. Es ist unser gemeinsames Ziel und Verantwortung prekäre Beschäftigungsbedingungen baldmög- lichst in einen zeitgemäßen Standard umzuwandeln.
8. Mobilität muss durch eine zunehmende Vernetzung der Verkehrsträger umweltverträglicher und klimaschonender gestaltet werden. Anreizsysteme zu klimaschonendem Mobilitätsverhalten der Beschäftigten und der zuliefernden und abtransportierenden Logistik werden ausdrücklich unter- stützt. Gleichwohl bedarf es einer ausreichenden Mobilitätstoleranz für Menschen, die in unserer zersiedelten Region auf einzelne Verkehrsträger angewiesen sind. Die Kommunalpolitik sollte be- rücksichtigen, dass Mobilität auch weiterhin mit dem PKW und LKW erfolgen wird. Der Wandel sollte durch positive Anreize befördert, aber nicht erzwungen werden.

Burkhard Marcinkowski  
Geschäftsführer  
UNTERNEHMERVERBAND  
FÜR DEN KREIS GÜTERSLOH

Dr. Christoph  
von der Heiden  
Geschäftsführer  
Industrie- und Handelskammer  
Ostwestfalen zu Bielefeld

Albrecht Pförtner  
Geschäftsführer  
pro Wirtschaft GT GmbH

Burkhard Marcinkowski  
Geschäftsführer  
VERBAND DER METALL- UND ELEKT-  
ROINDUSTRIE FÜR DEN KREIS GÜ-  
TERSLOH E.V.

Anke Unger  
Regiongeschäftsführerin  
Deutscher Gewerkschaftsbund  
Ostwestfalen-Lippe

Ute Herkströter  
1.Bevollmächtigte  
IG Metall Bielefeld

Thomas Wamsler  
1.Bevollmächtigter  
IG Metall Gütersloh-Oelde